Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№. 124. Montag den 5. Mai 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 2. Mai, Abends 8 Uhr. In der Legislativen unbedeutende Debatte über die West-Eisenbahn. Die Kommission für die parlamentarische Initiative begünstigt die Proposition Moulins: Bildung einer Spezial-Kommission für die Revisionsfrage. — Das Gerücht, daß Faucher und Baroche gespannt seien, ist grundlos. — Die geheime Presse, die das bekannte zehnte Bülletin verbreitet, ist bei Ausgabe des elften saisirt worden. Vier Individuen, begnadigte Juni-Deputirte, wurden verhaftet. Die Justiz ist mit der Untersuchung beschäftigt.

Paris, 2. Mai, Nachmittags 5 Uhr. 3 pCt. 56, 20. 5 pCt. 90, 75, gebesserte Liquidation.

London, 2. Mai. Das Unterhaus entscheidet sich mit der schwachen Majorität von 202 gegen 177 Stimmen für die zweite Lesung der Bill wegen Zulassung der Juden zum Parlament.

Hamburg, 3. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Weizen und Roggen unverändert. — Oel, 20¼, pro Oktober 20¾.

London, 2. Mai, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten. Consols 96¾, ⅞.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer.

Zweiundfünfzigste Sitzung vom 3. Mai.
Eröffnung 11¼ Uhr.

Am Ministertische: v. Rabe und Unterstaatssekretär Lecoq.
Graf Itzenplitz und Carl legen ihr Amt als Mitglieder der Staatsschulden-Kommission nieder. Kühne wiederholt seine frühere Erklärung und will lieber sein Mandat niederlegen, als der Staatsschuldenkommission ferner angehören müssen. Er bemerkt's ausdrücklich, daß diese Erklärung keine politischen Motive habe.

Abg. v. Manteuffel: M. H. Es ist jüngst zu wiederholten Malen und zuletzt erst gestern in dem andern Hause in einer Weise über die Beschlüsse dieses Hauses gesprochen worden, die ganz unparlamentarisch ist. Wenngleich ich hier nicht in eine ähnliche Kritik eingehen will, so halte ich es doch für nothwendig, mich ausdrücklich gegen eine solche Kritik zu verwahren.

Abg. Brüggemann: Der Berichterstatter einer hiesigen Zeitung hat bei Gelegenheit der Verwerfung des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes in seinem Referate bemerkt, daß die Rechte ihres Hauses das Resultat mit einem lauten Bravo begleitet habe. Dies ist ganz unrichtig; als jenes Resultat verkündet wurde, erscholl allerdings ein Bravo, aber es kam von der Linken und erst später erscholl, aber nur auf Grund jenes Bravo's der Linken, auch ein Bravo von der rechten Seite des Hauses. Als ich dies Referat am folgenden Tage in jener Zeitung las, wollte ich demselben keine Berücksichtigung schenken und ich würde dies auch heute nicht thun, wenn nicht späterhin Reflexionen an jenes Bravo geknüpft worden wären. Ich schließe mich deshalb der Erklärung des Vorredners an, bitte aber den Herrn Referenten, künftig etwas mehr Vorsicht und Sorgfalt anzuwenden.

v. Ammon erklärt, daß er an jenem Tage allerdings nach Verkündigung des Resultates Bravoruf von der Rechten vernommen und darüber indignirt gewesen sei; ein anderes Mitglied habe ihm darauf gesagt, der Ruf sei von der Linken gekommen, wie dies sich nun thatsächlich verhalte, könne er nicht sagen. Uebrigens sei es nicht Brauch der Kammer, sich mit Zeitungsreferaten zu beschäftigen. — Hansemann äußert sich ebenfalls in letzterem Sinne: wolle man auf die Zeitungen Rücksicht nehmen, so müsse man einmal mit der Kreuzzeitung und ein anderes Mal mit den Oppositionsblättern anbinden.

Die Kammer geht zur Tagesordnung über.

Die Petitionen der Bäcker zu Breslau und Quedlinburg werden dem Finanzminister zur Erwägung überwiesen. Abg. Kühne erstattet Bericht über die Verwendung der 18 Millionen und schließt mit den Worten: ich kann nicht loben und will nicht tadeln. — v. Arnim richtet einen heftigen Angriff gegen die Regierung, worauf v. Gerlach antwortet. Ihm folgt Hansemann, welcher die Politik des Ministeriums in Bezug auf die Mobilmachung tadelt. Buddenbrock (Meseritz) spricht für die Regierung, Abg. Hermann gegen dieselbe. — Schließlich wird der Kommissions-Antrag unter Verwerfung aller Amendements angenommen. Man geht zur Berathung des den Kammern erstatteten Berichts der Staatsschulden-Kommission über, zu welchem mehrere Amendements gestellt sind, namentlich von Baumstark, Kisker, Mätzke, Mathis. Der Abg. Mathis motivirt sein Amendement. Die Abgg. Carl und Knoblauch erklären sich gegen den Antrag der Finanzkommission, da der gegenwärtige Geschäftsmodus die Kommission verhindere, ihre Pflicht zu erfüllen. Der Finanzminister kann es sich gar nicht erklären, wie die erörterte Frage eine so große Bedeutung habe erlangen können. Die Hauptverwaltung der Staatsschulden habe der Staatsschulden-Kommission, wie er wisse, bisher Alles mitgetheilt, sie sei aber nicht auf den Antrag derselben hinsichtlich der für zweckmäßig gehaltenen Kontrole eingegangen. Er glaube nun, es genüge, wenn ein Mitglied der Staatsschulden-Kommission alle 4 oder 8 Tage das Journal einsehe und die ihm beliebigen Sachen näher recherchire. Der Minister erklärt sich gegen das Amendement Kisker, für den Antrag der Kommission und event. für das Amendement Mathis und bemerkt, daß er einem Beschlusse, der eine Zustimmung zu dem Amendement Kisker enthalte, keine Folge geben könne, weil von der zweiten Kammer ein entgegenstehender Beschluß gefaßt sei.

Der Schluß wird beantragt, jedoch nicht genehmigt. Graf Itzenplitz erkennt es an, daß im Staatshaushalte, wie von jeher, eine musterhafte Ordnung sei. Die Staatsschulden-Kommission finde sich aber nicht in der Lage, Auskunft über dasjenige zu erlangen, wovon sie Rechenschaft geben solle; es liege das am Arrangement, was sich leicht herbeiführen lasse, wenn man das Amendement Mathis annehme.

Der Abg. Kisker, welcher für den wiederholt beantragten Schluß spricht, motivirt sein Amendement in kurzen Worten. — Man geht zur Abstimmung über. Das Amend. Baumstark welches dem Antrag der Staatsschuldenkommiss. entspricht, wird abgelehnt. Das Amendement Mätzke (Erleichterungen durch Uebereinkunft des Finanzministers und der Staatsschulden-Kommission zu treffen, welcher dieser die Einsicht in die Staatsschulden-Verwaltung erleichtern) wird mit 64 gegen 57 Stimmen, bei namentlicher Abstimmung mit 70 gegen 58 Stimmen verworfen. Das Amendement Mathis, welches lautet:

„Die Erwartung auszusprechen, daß die Hauptverwaltung der Staatsschulden im Verein mit der Regierung und der Staatsschulden-Kommission Mittel zu einer genauen Kontrole geben werde, ohne daß es spezieller Bestimmungen bedürfe",

wird mit 71 gegen 50 Stimmen angenommen.

Die übrigen Anträge der Kommission werden gleichfalls angenommen.

Wegen vorgerückter Tageszeit wird die Wahl von 3 Mitgliedern der Staatsschulden-Kommission, so wie mehrere andere Gegenstände auf die Tagesordnung für Montag gesetzt.

(Schluß 4½ Uhr.)

Zweite Kammer.

Einundsiebenzigste Sitzung vom 3. Mai.
Präsident: Graf v. Schwerin.
Eröffnung: nach 9 Uhr.

Die Berathung des Preßgesetzes wird fortgesetzt. Ein gestern bereits angenommenes Amendement Kries wird nochmals zur Abstimmung gebracht und wiederholt angenommen und demnächst § 7 nach dem Antrage der Kommission gestrichen. Die §§ 8 und 9 werden ohne Diskussion in der von der Vorlage der Regierung wenig abweichenden Fassung der Kommission genehmigt. Sie handeln von der Hinterlegung der Pflichtexemplare. Zu § 10 erfordert die Fassung der ersten Kammer, daß auch im Auslande erschienene Schriften den formellen Vorschriften des preuß. Preßgesetzes entsprechen. Nach einiger Debatte wird diese Fassung angenommen. Eben so § 11, die Plakate betreffend. Zu § 13 hat der Abg. Möcke (Redakteur der Schles. Zeitung) ein Amendement gegen die darin enthaltene Bezugnahme auf die Kautionen gestellt und entwickelt seine Ansichten vom Kautionswesen im Allgemeinen, das er gerade für die konservative Presse verderblich erachte. Auch Harkort spricht hier gegen die von der ersten Kammer beschlossenen Preßbeschränkungen. Die angefochtene Fassung wird jedoch mit unwesentlichen Aenderungen angenommen. Die Bestimmungen über die Kautionen (§§ 14—20) veranlassen gar keine Debatte. Die Bestimmung des § 21 über die von der Kautionspflicht zu befreienden Zeitschriften hat eine Reihe von Amendements hervorgerufen. Herr v. Bodelschwingh sieht den Staat durch belletristische Schriften nicht minder, als durch politische gefährdet, und sein aus dieser Ansicht hervorgegangenes Amendement wird, nachdem ein von Beseler gestelltes mit 137 gegen 132 und zwei von Osterrath und Rohden zu Gunsten religiöser und pädagogischer Zeitschriften vorgeschlagene verworfen worden, angenommen. — Die Diskussion geht in gleicher Weise fort bis zu den §§ 30 und 31, bei welchen Simson für die Kompetenz der Schwurgerichte Betreffs aller Preßverbrechen und Preßvergehen spricht. Aber auch hier wird ein Amendement Bodelschwingh, wonach für Preßverbrechen nach den Bestimmungen des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch Art. 13—15 die Kompetenz geregelt wird, Preßvergehen aber nur dann vor die Schwurgerichte gehören, wenn sie mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Jahren bedroht sind, mit 156 gegen 110 Stimmen schließlich angenommen.

(Schluß 4 Uhr.)

Berlin, 3. Mai. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem General-Lieutenant zur Disposition von Strantz II. zu Berlin, den Stern zum rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem geheimen Regierungs-Rath Redtel zu Potsdam den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem früher bei der Seehandlung angestellt gewesenen geh. expedirenden Sekretär Hofrath Schmidt, den rothen Adlerorden vierter Klasse; so wie dem herzoglich nassauischen Kreis-Amtmann des Kreises Höchst, Freiherrn von Winzingerode, den St. Johanniter-Orden zu verleihen; den bisherigen Kreisrichter von Grävenitz in Greifswald zum Staats-Anwalt bei den Kreis-Gerichten in Lübben und Luckau, mit Anweisung des Wohnsitzes in Lübben; und den Appellationsgerichts-Kalkulator Opitz zu Breslau zum Rechnungs-Rath zu ernennen.

Se. königl. Hoheit der Prinz Adalbert von Preußen ist nach Stettin abgereist.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen, von Neu-Strelitz. Se. Excellenz der General-Lieutenant und Commandeur der 4. Division, von Wedell, von Frisack. Se. Excellenz der großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Staatsminister, Graf von Bülow, von Cumerow. Der Fürst Adam Czartoryski, von Posen. — Abgereist: Ihre Durchlauchten der Fürsten Hugo und Felix zu Hohenlohe-Oehringen, nach Frankfurt a. M. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, von Witzleben, nach Magdeburg.

(Militär-Wochenblatt.) Rogalla v. Bieberstein, Hptm. vom 3. Inf. Rgt., zum Major u. Kmdr. des 3. Bats. 4. Ldw.-Rgts. ernannt. Engels, Gen. Major u. 2. Kmdt. von Köln, zum Kmdt. daselbst ernannt. v. Hirschfeld I., Gen. Lt., von dem bisherigen Verhältniß als 1. Kmdt. von Köln entbunden. Hildebrandt, Sec. Lt. vom 6., zum 8. Art. Rgt., Schröter, Sec. Lt. vom 8., zum 6. Art. Rgt. versetzt. v. Derschau, Hptm. u. Art. Offiz. des Platzes Wesel, als Major ins 7. Art. Rgt. versetzt. Baron Kurzbach v. Seydlitz, Major vom Garde-Art. Rgt., als Oberst-Lt. mit der Rgts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V. u. Pension, der Abschied bewilligt. Wegener, Major u. Kmdr. des 3. Bats. 4. Rgts., diesem als Oberst-Lt. mit der Unif. des 27. Inf. Rgts. mit den vorschr. Abz. f. V. und Pension., der Abschied bewilligt. Nehmer, Major, vom Verhältniß als Führer des 2. Aufgeb. vom 3. Bat. 28. Rgts., v. Oppeln-Bronikowski, Oberst-Lt., desgl. vom 1. Bat. 13. Rgts., entbunden.

Dasselbe Blatt enthält die Verordnung, betreffend die Modifikation der unterm 27. Dezember 1849 allerhöchst bestätigten Grundsätze über die Veränderungen in der Organisation des Kadettenkorps.

C. B. **Berlin,** 3. Mai. [Tagesbericht.] Eine nicht unwichtige Frage ist eben so wenig in der Presse zur Sprache gebracht worden, als bisher eine Entscheidung derselben Seitens der diesseitigen Regierung verlautet. Die zu Preußen geschlagenen Fürstenthümer Hohenzollern hatten bekanntlich im Bundesplenum je eine Stimme, während sie im engern Rath an der 16. Kurialstimme, die gebildet wird aus Lichtenstein, Reuß, Lippe und Waldeck, ebenfalls participirten. — So wenig nun nach Artikel 6 der Wiener Schluß-Akte vom 15. Mai 1820 eine Zustimmung des Bundes zu einer freiwilligen Abtretung von Souverainetätsrechten an einen Mitverbündeten erforderlich ist, so ist doch durch die bloße Erwerbung von Souveränetätsrechten eine Vermehrung von Bundesrechten noch nicht die Folge. In dem herangezogenen Artikel 6 der Wiener Schlußakte heißt es nämlich: „Veränderungen in dem gegenwärtigen Besitzstande der Bundesglieder können keine Veränderungen in den Rechten und Verpflichtungen derselben in Bezug auf den Bund, ohne ausdrückliche Zustimmung der Gesammtheit bewirken." Die diesseitige Regierung würde also, wenn sie andererseits Rechte im Bunde aus der Erwerbung der hohenzollernschen Fürstenthümer herleiten will, dies bei dem Bundestage zur Sprache bringen müssen. Ebenso aber würde von anderer Seite nothwendig diese Frage zur Entscheidung gebracht werden, wenn man von Bundeswegen an Se. Majestät den König von Preußen als jetzigem Souverain der früher an die Bundeskasse und an das Bundesheer pflichtigen Fürstenthümer erhöhte, der Erwerbung angemessene Bundesforderungen stellte.

Der Zusammenkunft Sr. Majestät des Königs mit dem Könige von Hannover auf mecklenburgschem Gebiete sind bezügliche Wünsche des letztern vorausgegangen.

In dem benachbarten Spandau ist heut Morgen ein bedeutendes Feuer ausgebrochen, das bereits mehrere Häuser verzehrt haben soll.

Das Schreiben, durch welches der geh. Rath Pochhammer dem Präsidium der 2. Kammer sein Mandat als Mitglied der Staatsschulden-Kommission zurückgiebt, lautet wörtlich:

„Da es meinen Ansichten und Grundsätzen zuwiderläuft, ein Amt zu verwalten, zu dessen pflichtmäßiger und der eigenen Ueberzeugung genugthuender Wahrnehmung die erforderlichen Mittel nicht gegeben sind, so finde ich mich bewogen, das von der zweiten Kammer mir ertheilte Mandat als Mitglied der Staatsschulden-Kommission niederzulegen. Ew. etc. etc. zeige ich dies mit der gehorsamsten Bitte an, eine anderweite Wahl geneigtest baldigst veranlassen zu wollen. — Berlin, den 26. April 1851. — (gez.) Pochhammer.

Nach diesem Vorgange haben Graf Itzenplitz und Herr Karl gleichfalls ihr Mandat zurückgegeben. (S. Kammer-Verhandl.)

Gleichzeitig mit dem nunmehr publizirten Strafgesetzbuche und dem amtlichen Abdrucke desselben ist ein „authentischer Kommentar" dazu erschienen, der aus amtlichen Quellen eine Verarbeitung der legislativen Materialien des Gesetzbuches darbietet. Es sind in demselben namentlich die Motive des Justizministeriums und die Kommissionsberichte der Kammern aus dem Gesichtspunkte redigirt, daß den einzelnen zugleich mit abgedruckten Paragraphen des Gesetzbuches und des Einführungsgesetzes die entsprechenden Abschnitte der amtlichen Vorarbeiten gewissermaßen als Hülfsmittel bei der Anwendung der einzelnen Strafbestimmungen und als eine Anleitung zur Interpretation derselben im Sinne der Organe der Gesetzgebung hinzugefügt sind. Nach dem Titel soll diese Verarbeitung hauptsächlich zum Gerichtsgebrauch für Richter, Staats- und Rechtsanwälte dienen. Die Arbeit ist von dem durch einen ähnlichen Kommentar zum Jagdgesetz in der preußischen Juristenwelt bekannt gewordenen Rechtsanwalt C. F. Müller.

Es soll im Werke sein, berichtet in sehr glaublicher Weise die Spen. Ztg., den Eisenbahnverkehr unter strengere Kontrole als bisher zu stellen. Wenn bisher die Eisenbahnpolizei meist nur auf Legitimation der mit den Bahnzügen Ankommenden gesehen hat, so dürfte hierzu noch das Zurückgehen auf ältere Einrichtungen gefügt werden, wonach auch schon die Käufer der Fahrbillets sich polizeilich zu legitimiren hätten. Man wird zugeben, daß der Bundestag bereits das Feld seiner Wirksamkeit stark beackert finden wird.

Durch Verfügung des Kriegsministeriums vom 1. d. M. ist die Entlassung eines Theils der Mannschaften von den nach der Demobilisirung der Armee noch einbehaltenen 4. (Landwehr-) Bataillons der Linien-Infanterie-Regimenter angeordnet worden. (Pr. Z.)

β **Königsberg,** 30. April. [Auswanderung nach Amerika.] Nachdem vor etwa 14 Tagen der Lieutenant v. L., um den Unannehmlichkeiten der Untersuchung in Folge eines Streites zu entgehen, den er mit einem hiesigen Kaufmanne auf öffentlicher Straße provozirt — und wobei er sich des Degens bedient hatte — nach Amerika abgegangen war — sind heute früh wieder einige fünfzig Personen aus allen Ständen (darunter ein Arzt, ein Referendar, ein Geometer, ein Lieutenant a. D. mit seiner Familie) über Stettin mit dem Dampfschiffe „Stettin" nach jenem Welttheile ausgewandert. In Betreff der Gegend der Niederlassung haben diese Auswanderer die verschiedensten Pläne; einige von ihnen beabsichtigen, Neu-Orleans zu ihrem künftigen Aufenthaltsort zu wählen. Aus verschiedenen Gegenden unserer Provinz werden einzelne Familien noch im Laufe dieses Jahres diesem Beispiele folgen.

β **Königsberg,** 1. Mai. [Amts-Enthebung.] Nach dem neuen Elbinger Anzeiger hat der Regierungs-Präsident v. Blumenthal in Danzig gegen den Syndikus und Stadtrath Flottwell in Elbing (Sohn des Staatsministers Flottwell) eine Disziplinar-Untersuchung verhängt und seine Amts-Suspensation verfügt. — Dieses Verfahren soll auf Denunziationen von Seiten einiger Mitglieder des dortigen konstitutionellen Preußenvereins begründet sein.

Stettin, 2. Mai. [Marine.] Das königliche Marine-Dampfschiff „Nix" ist gestern Abend 9½ Uhr von Swinemünde heraufgekommen. So viel wir erfahren, hat dasselbe durch den Unfall in der Swine einen Schaden nicht erlitten. (Nordd. Ztg.)

Köln, 2. Mai. [Erklärung.] Die heutige „Kölnische Ztg." enthält folgende Erklärung.

Die unterzeichneten Gemeindeverordneten finden sich zur Vermeidung weiteren Mißverständnisses und Streites im Publikum veranlaßt, öffentlich zu erklären, daß die nach der „Kölnischen Zeitung" vom 25. April von Hrn. Beigeordneten Schenk gehaltene Rede weder im Auftrage des Gemeinderathes gehalten, noch den Unterzeichneten Mitgliedern desselben irgendwie vorher bekannt geworden ist.

Köln, 1. Mai 1851.
Bredt, Dr. Broix, Joh. Claßen, J. G. Compes, J. Du-Mont, Gottf. Esser, J. M. Farina, Hagen, Hamecher, G. Heuser, Jac. Horst, P. J. Kamp, Klein, Frz. Kohlhaas, Dr. Liessem I., Morel, C. Th. Petersen, Riffart, J. Schemmer, Chr. Stephan, Zimmermann.

Deutschland.

Dresden, 2. Mai. [Zu den Konferenzen.] Heute hat eine Plenarsitzung der Minist.-Konferenz stattgefunden, in welcher, dem Vernehmen nach die in den vier Kommissionen zum Abschusse gelangten Arbeiten zur Vertheilung Behufs Absendung an die resp. Regierungen gekommen sind, damit deren Erklärungen bis zu der am 15. Mai stattfindenden Schlußsitzung erfolgen können. Zu dieser werden, wie schon gemeldet, die Herren Minister-Präsidenten aus Wien und Berlin, und demzufolge auch die Prinzipalminister der meisten andern deutschen Staaten wieder anwesend sein. Die hier noch verweilenden Conferenzbevollmächtigten werden sich natürlich zunächst an ihre resp. Höfe begeben, um die rechtzeitige Abfassung der beantragten Erklärungen mit zu fördern. — Der königl. sächs. Bevollmächtigte beim deutschen Bunde, geh. Rath Nostitz und Jänkendorf, der auf einige Tage hierher gekommen war, kehrt alsbald nach Frankfurt a. M. zurück, wohin der Oberstlieutenant v. Spiegel als Bevollmächtigter für Militärangelegenheiten bereits abgegangen ist. (Dresd. J.)

[Zu den Dresdener Konferenzen.] Während es bereits feststeht, daß die Dresdener Konferenzen, so weit dieselben mit der Feststellung der politischen Zukunft Deutschlands sich beschäftigen, kein anderes Resultat haben werden, als daß sie die einzelnen Streitpunkte klarer und schärfer bezeichnet haben, glaubte man seither, daß mindestens die der dritten Kommission zur Bearbeitung übergebenen handelspolitischen Fragen zu irgend einer, wenn auch nur annähernd befriedigenden Lösung geführt werden würden; es scheint jetzt aber, als wenn auch hier schließlich kein Ergebniß erzielt werden wird. „Man erinnert sich" — schreibt die Voss. Ztg. aus augenscheinlich unterrichteter Quelle — „der Vorschläge jener dritten Kommission. Unter dem Vorwande, Erleichterungen in Betreff des Verkehrs zwischen den einzelnen deutschen Zollgruppen herbeiführen zu wollen, bauen die Vorschläge der dritten Kommission der Realisirung des österreichischen Zolleinigungs-Projekts vor. Hierher gehört vor allen Dingen der Vorschlag, nach welchem sämmtliche deutsche Regierungen sich verpflichten sollen, eine allgemeine Zoll- und Handels-Einigung in Ausführung zu bringen, und bis zum 1. Januar 1857 weder alte Verträge zu erneuern, noch neue Verträge einzugehen, welche der Ausführung dieser allgemeinen Zoll- und Handels-Einigung etwa hinderlich sein könnten. Es ist hiermit offenbar eine Sprengung des Zollvereins beabsichtigt, dessen Vertragsperiode mit dem Beginne des Jahres 1854 bekanntlich abgelaufen ist und welcher somit, als der Ausführung der allgemeinen Zoll- und Handels-Einigung entgegenstehend, wohl nicht erneuert werden könnte. Von vereinsländischer Seite soll man sich nun rückäußernd dahin ausgesprochen haben, auf diejenigen Vorschläge der dritten Kommission, welche zur Erleichterung des Verkehrs zwischen den einzelnen deutschen Zollgruppen wünschenswerth seien und dabei den vereinsländischen handelspolitischen Interessen nicht präjudiziren, eingehen zu wollen, diejenigen Vorschläge jedoch, welche die vereinsländischen handelspolitischen Interessen, so wie den Bestand des Zollvereins etwa gefährden könnten, zurückweisen zu müssen. Ferner soll bedeutet worden sein, daß man behufs Herbeiführung einer weiteren Annäherung zwischen den einzelnen deutschen Zollgruppen, so weit dies wünschenswerth sei und im beiderseitigen Interesse liege, gern die Hand zu neuen Unterhandlungen bieten wolle, ohne jedoch auf die proponirte Verpflichtung in Betreff der Nichterneuerung alter und der Nichtbildung neuer Verträge einzugehen. Von österreichischer Seite ist man jedoch eifrig bemüht, die möglichst vollständigen Angaben der Vorschläge der dritten Kommission zu erwirken und die Kapitalpunkte, auf welche man von vereinsländischer Seite ohne den Zollverein aufzugeben nicht eingehen kann, mit Vorschlägen der übrigen Kommissionen der weitern Bearbeitung des Bundestags auf Grund des Artikels 19 der Bundes-Akte und des Artikels 65 der Wiener Schlußakte zu überweisen. Von vereinsländischer Seite hingegen soll man sich weigern, auch diese Vorschläge der dritten Kommission als das Resultat gemeinsamer Berathungen dem Bundestage zur weitern Bearbeitung zu überweisen; nicht weil die Realisirung dieser Vorschläge etwa zu fürchten wäre — denn es wäre dazu die bejahende Einstimmigkeit aller Bundesglieder erforderlich, und es wäre somit nur die Weigerung eines einzigen Staates erforderlich, um die österreichischen handelspolitischen Bestrebungen scheitern zu machen — sondern um neuen Verwickelungen, die sich in Folge gerade dieser Punkte herausstellen könnten und auch wahrscheinlich herausstellen würden, vorzubeugen. Oesterreich ist jedoch, wie gesagt, bestrebt, diejenigen Vorschläge der dritten Kommission, welche von Preußen nicht acceptirt werden, der Bundesversammlung zur ferneren Bearbeitung zu überweisen, und zwar als das Resultat gemeinsamer Berathungen. Es würde dadurch der Bundesversammlung, wenn auch nur indirekt, eine Art von Kompetenz in die Hände gespielt, über den Fortbestand des Zollvereins entscheiden zu dürfen. In Betreff der beregten Verpflichtungen, die in Dresden vorgeschlagen worden sind, nämlich alte Verträge, welche dem Zustandekommen einer allgemeinen Zoll- und Handels-Einigung hinderlich sind, nicht erneuern, noch neue Verträge ähnlichen Charakters nicht schließen zu dürfen, soll Oesterreich sich besonders auf die oben angeführten Artikel aus der Bundesakte und der Wiener Schlußakte stützen und daraus namentlich die Verpflichtung für die Bundesstaaten herzuleiten bemüht sein, die in den Bundesgesetzen enthaltenen Bestimmungen über Handel, Verkehr und Schifffahrt auch endlich auszuführen. Von den Zollvereins-Staaten unterstützen Baiern, Sachsen und Würtemberg die österreichischen handelspolitischen Bestrebungen. Daß die beregte Angelegenheit jetzt in Dresden zum Austrag gebracht werde, ist, wie man hört, wohl nicht anzunehmen, und es mag hierin auch wohl die Nachricht, daß Herr Delbrück ebenfalls nach Frankfurt gehen werde, ihre Begründung finden. Ob Herr Delbrück den diesseitigen Bundestagsgesandten jetzt gleich begleitet, oder ihm später nachfolgt, ändert nichts an der Sache."

Frankfurt a. M., 1. Mai. [Militärisches.] Heute Morgen 8 Uhr sind die hier stehenden zwei Kompagnien des kais. österreichischen Inf.-Regiments, Erzherzog Rainer, nach Mainz abgerückt. Die abgegangenen Truppen sind heute Nachmittag 3 Uhr durch zwei andere Kompagnien des nämlichen Re-

giments, das bekanntlich zu Mainz in Besatzung steht, ersetzt worden. (Pr. Z.)

Mainz, 29. April. [Militärisches.] Gestern Morgen rückte die hiesige preußische Garnison auf Befehl ihres Kommandanten, Herrn Generl Schack, auf den großen Uebungsplatz vor der Stadt aus, um Zeuge eines bedeutenden disciplinarischen Akts zu sein. Es wurden nämlich sechs Soldaten, darunter vier vom 39. Regiment, vor der Fronte wegen beleidigender Reden gegen den König u. A. mit ihrem Urtheile, auf 2 bis 5 Jahre Festungsstrafe und Verlust der Nationalkokarde lautend, bekannt gemacht und dann sogleich von einem Detachement mit scharf geladenen Gewehren nach Koblenz, als ihrem Straforte, abgeführt. Bei dieser Gelegenheit hielt der Kommandant eine scharf ermahnende, mit den strengsten Strafen drohende Anrede an die gesammte Mannschaft, welche hierauf mit klingendem Spiel in die Stadt zurückzog. (F. Journ.)

△ **München**, 1. Mai. [Die heutige Sitzung der 2. Kammer] war eine der merkwürdigsten, die je in den baierischen Ständehallen stattgefunden. Es wurde über den Antrag des Fürsten v. Wallerstein in Bezug auf die Vorlage der die kurhessische Frage und die baierische Intervention in Kurhessen betreffenden Akten berathen. Der Ausschuß beantragte, diesem Antrag sei keine Folge zu geben. Antragsteller beginnt eine fast zweistündige Rede unter gedrängt gefüllter Hof- und Gesandtenloge. Er geht auf die traurige Gegenwart Schleswig-Holsteins ein und giebt eine Geschichte Kurhessens, insbesondere der Wirthschaft Hassenpflugs bis auf den heutigen Tag. Aber plötzlich erhebt sich der Ministerpräsident mit hochrothem und zürnendem Gesicht und protestirt gegen jeden Angriff auf eine fremde Regierung. Der Kammerpräsident verwahrt sich aber feierlichst gegen eine solche Unterbrechung der Abgeordneten, worauf sich Herr v. d. Pfordten etwas verblüfft wieder setzt. Fürst Wallerstein, in seiner Rede fortfahrend, erklärt die Exekution gegen Hessen für bundeswidrig, schildert, wie das baierische Heer dort Schergendienst leisten müßte. Er sei überzeugt, daß der Konflikt in Kurhessen absichtlich herbeigeführt wurde und Hassenpflug (im Sinne Oesterreichs) so handeln mußte, wie er gehandelt habe. Die Geschichte werde denen, die sich zu diesem Zwecke verbunden und dadurch das kurhessische Volk an den Bettelstab gebracht, ein Brandmal aufdrücken. Als der Ministerpräsident wiederholt Einsprache gegen diese Ausdrucksweise erhebt, erklärt der Kammerpräsident, daß er in der Rede des Fürsten Wallerstein nichts gegen die Ordnung des Hauses gehört habe, sonst hätte er ihn zur Ordnung gerufen. Unter großem Gelächter setzt sich hierauf der Premier nieder. Folgen nun in siebenstündiger Debatte 12 Redner pro et contra. Unter den ersteren befand sich Kolb von Speyer, dessen Rede einen tiefen Eindruck machte, indem er nachgewiesen, daß Deutschland die höchste Schmach in den neuesten Tagen erdulden mußte. Wenn auch schließlich der Antrag Wallersteins mit 78 gegen 47 Stimmen verworfen wurde, so wird doch der Eindruck, den diese Debatte auf das Volk gemacht hat, sobald nicht verwischen.

Darmstadt, 30. April. Heute hielt, nach mehrwöchentlichen Ferien, unsere zweite Kammer wieder eine Sitzung. Weiter ist noch nichts darüber zu melden.

Stuttgart, 1. Mai. [Verschiedenes.] Durch königliche Verordnung vom 29. April wird der ordentliche Landtag auf den 6. Mai einberufen, und den Kammermitgliedern aufgegeben, sich am 3. Mai hierselbst einzufinden und ihre Legitimation zur Prüfung vorzulegen, wozu aus Mitgliedern beider Kammern eine Kommission niedergesetzt werden soll. — Zur Unterstützung der entlassenen schleswigschen Geistlichen hat sich hierselbst ein Komitee gebildet; es ist unterzeichnet von Gust. Duvernoy, Friedr. Federer, J. C. Hamm, Kreuzer sen., Pfr. Zahn. — Sämmtliche Wahlen sind vollzogen, zuletzt wählte gestern noch die Ritterschaft des Donaukreises ihre vier Vertreter. Freiherr v. Cotta, der im Schwarzwaldkreise gewählt worden ist, hat abgelehnt, und der Name Cotta, der bisher nie, bis auf die Ausnahmezeit von 1848 bis 1850, in der Kammer der Standesherrn fehlte, wird in dieser Session zum ersten Male in den Verhandlungen der Kammer nicht gehört werden. (Pr. Z.)

Weimar, 2. Mai. In diesen Tagen ist der bisherige preußische Major v. Poyda eingetroffen, um in hiesige Dienste zu treten und das Kommando über die hiesigen Truppen zu übernehmen. (D. A. Z.)

Meiningen, 1. Mai. [Taufe.] Heute Mittag um 1 Uhr fand die feierliche Taufe des erstgebornen Prinzen unserer durchlauchtigsten Erbherrschaft statt. Von den auswärtigen höchsten Taufpathen waren persönlich zugegen: Se. königl. Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen, der Prinz Albert von Sachsen, die Herzogin Ida von Weimar, die Prinzessin Karoline von Hessen-Kassel und der Erbgroßherzog von Weimar. Auch Graf v. Galen, königl. preuß. Gesandter am kgl. sächsischen Hofe, hatte sich zu der Feierlichkeit eingefunden. (Pr. Ztg.)

Hannover, 2. Mai. [Reise des Königs.] Se. Majestät der König sind heute Morgen nach Ludwigslust zur Taufe des Erbprinzen von Mecklenburg-Schwerin abgereiset. Allerhöchstdieselben werden begleitet von dem Adjutanten Sr. Majestät, Grafen von Platen-Hallermund, und Allerhöchstihren Leibärzten.

Ueber die Reise des Königs nach Schwerin bemerkt dasselbe Blatt, daß die Abwesenheit des Königs etwa 5 bis 6 Tage dauern würde. Da derselbe während dieser Zeit überall keine Geschäfte vorzunehmen beabsichtige, so lasse er sich nur von dem Hofmarschall v. Malortie und einigen Adjutanten (und 2 Leibärzten) begleiten.

Die sogenannte Reichsbatterie nebst Fleche ist der Krone Hannover gegen eine — bereits in die Bundeskasse eingezahlte — Entschädigungssumme von 2000 Thlr. abgetreten, und die förmliche Ueberweisung wird in den nächsten Tagen erfolgen. (H. Z.)

Hamburg, 2. Mai. [Gewaltthat.] Nicht geringes Aufsehen erregt hier eine von 6 Soldaten des k. k. österreichischen Regiments Nugent gegen Herrn W. Marr, Redakteur des hier erscheinenden Witzblattes „Mephistopheles," in dessen eigener Behausung verübte Gewaltthätigkeit. Schon einige Tage zuvor sollen sich einige Unteroffiziere in seiner Wohnung nach ihm erkundigt haben; gestern gegen Mittag drangen die gedachten Soldaten in sein Zimmer ein und während zwei die Thür zuhielten, wurde er von den vier andern, wie es heißt, mit Faustschlägen und Fußtritten so übel zugerichtet, daß er erst durch die später herbeigeholte ärztliche Hilfe wieder zur Besinnung gebracht werden konnte und sich jetzt in einem sehr bedenklichen Zustande befindet. Nachdem die Soldaten ungehindert das Haus verlassen, wurde der Vorfall sogleich zur Kunde der hiesigen Polizeibehörde gebracht, wie auch dem Feldmarschall-Lieutenant von Legeditsch mitgetheilt. Die polizeiliche Instruktion hat bereits begonnen, und wird auch, wie wir hören, die k. k. Militärbehörde nichts unterlassen, um den Thätern auf die Spur zu kommen. (H. C.)

Kopenhagen, 1. Mai. Gestern ist der Graf Bille-Brahe mit dem Dampfschiffe über Kiel von Wien hier eingetroffen. — „Fädrelandet" bemerkt in seiner gestrigen Nummer, daß es aus den Nachrichten aus Holstein hervorginge, daß man daselbst die sanguinischen Hoffnungen, die man auf die Wiederkehr des Grafen Reventlow-Criminil gesetzt hatte, etwas herabgestimmt habe, sowohl in Betreff der Verhältnisse Holsteins, wie auch hinsichtlich der schleswigschen Flüchtlings-Angelegenheiten.

Oesterreich.

NB. **Wien**, 3. Mai. [Tagesbericht.] Der Großherzog und die Großherzogin von Hessen-Darmstadt sind gestern hier angekommen. Dies dürfte den Aufenthalt des Königs von Griechenland verlängern. In nächster Zeit erwartet man am Hofe noch mehr Besuche von fürstlichen Häusern, wo ohnehin jetzt schon ein sehr reges Leben stattfindet. — In gut unterrichteten Kreisen will man wissen, daß England den Protest gegen den Eintritt Gesammtösterreichs in den deutschen Bund aufgegeben habe (?). Auch will man mit Bestimmtheit behaupten, daß bei dem Bundestage die Majorität für den alleinigen ungetheilten Vorsitz Oesterreichs stimmen werde. — Durch das Organ ihres dortigen Gesandten hat die österreichische Regierung die freundschaftlichsten Versicherungen an das Ministerium Thomar nach Lissaban gelangen lassen. — Das österreichische Kabinet fordert von der moldauischen Regierung die Auslieferung von 600 Personen, welche, sei es als Deserteure, Militärpflüchtlinge, bankerotte Schuldner oder als Paßlose sich seit einigen Jahren in der Moldau aufhalten. — Vor einigen Tagen erhielten zwei Buchhändler in Innsbruck eine Vorladung vom dortigen Statthalter. Sie leisteten derselben Folge und erstaunten nicht wenig, als derselbe zwei Brief-Pakete zur Hand nahm und sie aufforderte, dieselben vor seinen Augen zu öffnen. Die beiden Buchhändler thaten, was man von ihnen verlangte. In dem einen Paket befanden sich die Korrekturbogen eines Schriftchens über Geographie, das ein tyrolischer Priester in München erscheinen läßt. In dem anderen Paket waren zwar etwas bedenklichere, aber doch nichts weniger als staatsgefährliche Schriftstücke, die überdies nicht dem vorgeladenen Buchhändler, der zugleich Buchdruckereibesitzer ist, sondern einem seiner Setzer zuadressirt waren. Nach diesem Vorgange blieb dem Statthalter nichts anders übrig, als den beiden Vorgeladenen mit höflichen Worten die Versicherungen seines Vertrauens auf ihre Loyalität und Ehrlichkeit zu geben und sie huldvollst zu entlassen. Dieser Vorfall ist zwar an und für sich von geringer Bedeutung, aber in Beziehung auf § 11 der Verfassung vom 4. März 1849, von höchster Wichtigkeit. Jener Paragraph lautet, daß das Briefgeheimniß nicht verletzt werden darf und die Beschlagnahme von Briefen nur in Kriegsfällen oder auf Grund eines richterlichen Befehles vorgenommen wird. Beide Ausnahmsfälle fanden hier nicht statt. — Viele bosnische Insurgenten, und unter ihnen mehrere Häuptlinge, haben sich nach der Einnahme von Bihac auf österreichischen Boden geflüchtet und um Schutz gebeten. Sie werden sämmtlich nach Karlsstadt gebracht.

* Auf außerordentlichem Wege erhalten wir vom bosnischen Kriegsschauplatze folgende Nachricht, welche beachtenswerthe Aufklärungen über die plötzliche Wendung der Kriegsereignisse bringt. Am 26. Abends versetzte eine in Bihac angelangte Nachricht, Omer Pascha habe Krupa genommen, sei über die Unna übergesetzt, habe Ale Kedics Korps gänzlich zersprengt, und sei in der Kraina eingebrochen, die Rebellen in solche Entmuthigung, daß sie Skanderbegs Anträge nützend, am 27. April 4 Uhr Nachmittag über Agyalin-Most gegen Turio sich zerstreuten. Um 5 Uhr rückten Arnauten, später 1 Bataillon Nisam in die evakuirte Festung ein. Im Ganzen sind blos 18 Türken, theilweise Insurgenten, bis jetzt von den k. k. österreichischen Truppen übernommen worden. Von den Sluiner, Oguliner und Ottochaner Regimentern, ward zur Grenzdeckung nicht mehr als je 1 Bataillon aufgestellt. Die Insurrektion scheint geschlossen, Versuche der Insurgenten sich in der Kraina zu konzentriren, erscheinen fruchtlos. Die Rebellen werfen Ale Kedic Verrath vor. Ihre beste Position war die bei Bihac, und wie bemerkt, wurde durch ihr schnelles Aufgeben die Insurrektion so gut wie gebrochen. Am 28. sollte der Seraskier selbst in Bihac einrücken.

** **Von der böhmischen Grenze**, 2. Mai. [Anhäufung von Truppen in Böhmen.] Während auf den Wunsch des Fürsten Schwarzenberg die preuß. Armee, treu der Convention von Olmütz, sich zurückgezogen hat und in demobilen Zustand übergegangen ist, ist in Böhmen keineswegs viel von Demobilisirung zu spüren. Allerdings stehen die k. k. Truppen nicht unmittelbar an der preußischen Grenze, wie im vorigen Herbste; ihre Stellungen sind aber der Art, daß ein Marsch von vier Meilen sie auf preußisches Gebiet bringen kann. Wir haben dieser Tage eine kleine Rundreise im nördlichen Böhmen, und dabei nachstehende Beobachtungen gemacht. Das Ober-Amt Friedland ist völlig frei von österreichischen Truppen. In der Stadt Reichenberg steht das 10. österreichische Jägerbataillon. Aber auf die Elbe zu, hart an der sächsischen Grenze, sind alle Dörfer mit Einquartirung beglückt. Die Ortschaften Aicha, böhmisch Leipa, Kamnitz, böhmisch Zwickau, strotzen von Truppen. In böhmisch Leipa steht ein Divisionsstab; es finden sich dort Soldaten aller Waffengattungen, Jäger, Infanterie, Artillerie und Kavallerie; ähnlich ist es in böhmisch Zwickau. Von Kamnitz aus bis Rumburg (2 Meilen von Zittau, $1\frac{1}{2}$ Meile von Löbau) fanden wir auf allen Dörfern k. k. Militär, dessen Offizierkorps von der Ansicht ausging, es werde doch nächstens wirklich mit Preußen losgehen, mit dessen ungeübten Landwehrmännern sie bald fertig zu werden gedächten. Das an der sächsischen Grenze stehende k. k. Militär besteht besonders aus galizischen und kroatischen Regimentern und ist sehr stark in der Verwechselung fremden Eigenthums. Als ein Beispiel, wie sicher die Zustände durch die Anwesenheit des Militärs geworden sind, setze ich aus dem böhmisch-Leipaer Wochenblatte (Redaktion und Verlag von Philipp Gerzabek, erscheint wöchentlich einmal zum Preise von 30 Kr. vierteljährlich) vom 1. Mai, folgende Warnung wörtlich her: „Schon einige Male sind hiesige Bürger des Nachts durch das hier stationirte k. k. Militär unsolid angehalten, auch des Geldes benommen worden. A. M. F."

Frankreich.

** **Paris**, 1. Mai. [Tagesbericht.] Wenn dieser Brief in Ihre Hände gelangt, sind wir thatsächlich bereits von der Thorheit aller der Gerüchte überzeugt, welche für den 4. oder 5. Mai eine Emeute verkündigen. Kein Vernünftiger glaubt daran; denn nur in den gouvernementalen Sphären herrscht Aufregung, während die Faubourgs, die alleinigen Werkstätten der Revolution, sich nicht rühren. Auch sagen sich National und Republique vollständig und entschieden, Namens ihrer Fraktion von aller Verantwortlichkeit der famosen Bulletins los, welche vielleicht nur in den Provinzen einigen Eindruck machen könnten. Die Vorstädte jedoch halten an ihrem „Programm" fest, d. h. an dem zwiefachen Vorsatz: sich bis Ausgang der 1852er Wahlen jeder kriegerischen Manifestation zu enthalten; zweitens aber: im Augenblicke der Wahlen, sich wie eine Sturmfluth, in Masse nach den Wahl-Lokalen zu begeben und dort zu stimmen, möge das allgemeine Wahlrecht zurückgegeben sein oder nicht.

Die Legislative war heut von keinem Interesse für das Ausland. Doch hat die Regierung ihren Antrag wegen der Supplementar-Kredite zurückgezogen. Ob definitiv, möchten wir bezweifeln. Auch sagt das Journ. des Debats ausdrücklich: daß der Antrag, bezüglich des Jerome Bonaparte, der Sektion des Staatsraths für streitige Fälle zur nochmaligen Prüfung vorgelegt werden würde, um geeigneten Falls abermals an die National-Versammlung gebracht zu werden.

Die Staatsrathswahl will noch immer zu keiner definitiven Lösung kommen. Da man sich über die Namen der Herren Darcy und Mandaroux-Vertamy nicht verständigen konnte, scheinen die Legitimisten und Orleanisten jetzt auf den Namen des Herrn Dumon, ehemaligen Ministers des Königs Louis Philipp beharren zu wollen. Indeß heißt es, daß Herr Dumon auf die ihm zugedachte Ehre verzichten wolle.

Die heutigen spanischen Zeitungen, mit Ausnahme der Zeitung von Madrid, sprechen von einem bevorstehenden Ministerwechsel. Hiernach stände Gonzales Roncero, der bisherige Justizminister auf dem Punkte, seine Entlassung einzureichen. Ebenso würde auch Hr. Bertram de Lys noch vor den Wahlen zurücktreten. Am 26. war in Madrid das Gerücht im Umlauf, daß das Ministerium das Projekt der Schuldregulirung in der Art zu verbessern gedenke, daß man Kapital und Zins, eines in das andere gerechnet, anerkennen wolle.

Großbritannien.

** **London**, 1. Mai. [Die Eröffnung der Ausstellung] erfolgte heut bei dem schönsten Wetter. Die Königin ward auf ihrem Wege nach dem Krystall-Pallast wiederholt mit dem lebhaftesten Beifallsruf begrüßt. Gestern langten die fremden Besucher noch in Unmasse an. Die Bahnzüge brachten noch 8000 Reisende über die gewöhnliche Durchschnittszahl. Im Ganzen kamen an diesem Tage 50,000 Fremde an.

Schon am frühen Morgen waren alle zur Hauptstadt führenden Wege der ganzen Umgegend der Schauplatz förmlicher Prozessionen, gemischt mit Reitern und Fuhrwerken; noch weit mehr die Straßen von London selbst; die Hydepark zunächst liegenden, die benachbarten Fenster, Dächer rc. von einer erwartungsvollen Menge im vollsten Sinne des Wortes angefüllt. Man schätzte die Zahl der Anwesenden auf mehr als eine halbe Million. Auf dem Pallaste selbst wehten die Fahnen aller Nationen, ebenso flatterten unzählige Flaggen auf Thürmen, Häusern und Schiffen. — Die Königin, in Begleitung des Prinzen Albert, erschien im Industriepallaste um 12 Uhr, und wurde von endlosem Jubel begrüßt. Die Prozession bewegte sich in folgender Ordnung: Voran die Herolde; ihnen folgten unmittelbar die Herren Henderson, Paxton und Fox und die andern Mitglieder des Komité's, sodann die fremden Kommissarien; ihnen folgten die königlichen Kommissarien, ihnen die fremden Gesandten, diesen Herzog Wellington, Marquis v. Anglesey, die Minister, die Bischöfe, der Erzbischof von Canterbury und verschiedene Hofchargen. Der Prinz Albert führte die älteste Prinzessin, die Königin den Prinzen von Wales. Es folgten der Prinz von Preußen und die Herzogin von Kent, Prinz Heinrich der Niederlande und die Prinzessin v. Preußen; Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen und die Prinzessin Marie von Cambridge und die übrigen fürstlichen Personen, Hofchargen und Gefolge der anwesenden Prinzen. Herolde machten den Beschluß. Instrumental- und Vokalchormusik begleitete abwechselnd. Um 9 Uhr, also 3 Stunden früher, war bereits der Glaspallast eröffnet worden. Das Pflaster erdröhnte von den unablässig heranrollenden Karossen, eine ansehnliche Anzahl, trotzdem man die Zahl der ausgegebenen Billets für so klein gehalten hatte. Jeder Eintretende empfing eine Karte, die ihm einen bestimmten festen Platz im Innern anwies; nur Wenige natürlich waren so glücklich, in die Nähe des Transepts zu kommen, Viele waren auf Punkte vertheilt, wo sie zu ihrer äußersten Verstimmung, die sich mehrfach Luft machte, von den eigentlichen Vorgängen, derentwegen sie kamen, nicht mehr sahen, als wenn sie bei den Antipoden placirt gewesen wären. Namentlich sollen sich viele Mitglieder des schönen Geschlechts, welche Nieten gezogen hatten, durch überlaute Expektorationen ausgezeichnet haben. — Um 12 Uhr verkündeten Trompetenstöße die Ankunft Ihrer Majestät; im selben Augenblick entrollte sich auf dem Transeptdache die große Fahne mit dem königlichen Wappen. Der Eintritt der Königin war das Signal zu einem allgemeinen enthusiastischen Zurufe; die Ausstellung wurde für „eröffnet" erklärt, und im Park die Geschütze gelöst.

Aus dem amtlichen Kataloge ersieht man, daß die Zahl der britischen Aussteller 6146, die bei den Lokalkomitees eingegangene Summe der Beiträge 76,679 Pfd. Sterl., und die bei den Kommissarien wirklich eingezahlte Summe 64,541 Pfd. Sterl. ist. — Wie man erfährt, ist es die Absicht der Königin, an einem der nächsten Sonnabende ganz früh, bevor das Publikum Zutritt hat, den Glaspalast zu besuchen, und gleichzeitig sämmtliche anwesende Aussteller dahin bescheiden zu lassen.

Portugal.

Wir theilten vorgestern eine telegr. Depesche über den Aufstand von Oporto mit, deren Fassung unklar war. Die „Independance Belge" bringt eine aus Madrid in Paris eingetroffene telegraphische Depesche, die jene Unklarheit aufhellt. Sie lautet: Madrid, 30. April, $2\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags.

Die Garnison von Oporto hat sich am 24. in Folge der Verhaftung mehrerer Offiziere und Soldaten erhoben und für den General Saldanha erklärt. Nach einem zweistündigen Kampfe wurde der General, der, nachdem er inkognito in der Stadt verweilt, die Straße nach Vigo eingeschlagen hatte, um sich auf ein englisches Schiff zu begeben, von den Insurgenten zurückgerufen. Die Einwohner von Oporto haben sich für den Aufstand erklärt.

Italien.

** **Bologna**, 28. April. Der k. k. österreichische Militär-Kommandant, General Nobili, veröffentlicht ein scharfes Proklam gegen die mehrfach vorgekommene Insultirung tabakrauchender Personen. FM. Radetzky traf gestern nebst Gefolge hier ein. Heute ward eine große glänzende Truppenrevue abgehalten. Morgen wird der Marschall nach Florenz abreisen und dürfte am 4. Mai bereits wieder hierher zurückkehren. Nicht ohne Grund wird vorausgesetzt, sein Erscheinen auf allen eventuell bedrohten Punkten Italiens werde dazu beitragen, die theilweise innerlich aufgeregte Stimmung der Radikalen zu beschwichtigen.

* **Turin**, 29. April. Die Deputirtenkammer hielt eine Sitzung, worin über den vom Senate wesentlich modifizirten Gesetzesvorschlag bezüglich der Besteuerung moralischer Körperschaften debattirt ward. Es entspann sich eine lebhafte Kontroverse darüber, ob der Senat nicht die Grenzen seiner Befugnisse überschritten habe, da derselbe in Finanzsachen nicht kompetent sei. Fast alle hervorragenden Führer der Parteien, in welche die Kammer sich gliedert, ergriffen nacheinander das Wort; die meisten derselben, darunter selbst einige Ministerielle, behaupteten, der Senat hätte mindestens ein größeres Maß der Konvenienz gegenüber der Abgeordnetenkammer einhalten sollen, da die von ihm bei dem Entwurfe angebrachten Modifikationen den Gehalt desselben wesentlich alterniren. — Die Genueser Gesellschaft zum Bau einer Eisenbahn von Genua bis Voltri, hat die königl. Bewilligung zu ihrem Unternehmen erhalten. — Einem k. sardinischen Dekrete vom 31. März zufolge werden alle Privatgebäude einer Abgabe im Belaufe des zehnten Theils ihres Reinertrages unterzogen.

Osmanisches Reich.

** **Konstantinopel**, 19. April. Briefe aus Bukarest versichern mit Bestimmtheit, daß der bereits am 14. April begonnene Abzug der russ. Truppen in den ersten Tagen des Mai vollends bewerkstelligt sein wird. Der russische General Jvine hat diesfalls an die Oberbehörden in den Donaufürstenthümern offizielle Anzeige gemacht, und sofort wurden die nöthigen Befehle erlassen, um die russischen Truppen mit Lebensmitteln und sonstigen Provisionirungsgegenständen auf ihrem Rückmarsche entsprechend zu versehen. Der Präsident der französischen Republik hat dem Sultan ein prachtvolles Porzellanservice von Sevres zum Geschenke gemacht. Der französische Agent Petineaud hatte die Ehre, in Begleitung des ersten Dragomans der französischen Gesandtschaft das kostbare Geschenk dem Sultan zu berreichen.

Provinzial-Zeitung.

⊙ **Breslau**, 5. Mai. [Der Zwiespalt der Kaufmannschaft.] In Folge der in der General-Versammlung der kaufmännischen Korporation gefaßten Beschlüsse vom 2. Mai (s. d. gestr. Nr. d. Z.) fand gestern eine Versammlung der jüdischen Kaufleute Litt. A. in dem Ressourcenlokale der „Gesellschaft der Freunde" statt. Dieselbe beschloß:

von heute ab die allgemeine Kaufmannsbörse nicht mehr zu besuchen, sondern in dem oben bezeichneten Ressourcenlokal ihre Börsengeschäfte allein abzumachen.

Zugleich ward dem Herrn Stadtrath Friedenthal und Banquier E. Heymann der Auftrag ertheilt, bei dem königlichen Handels-Ministerinm die Bildung einer allgemeinen kaufmännischen Korporation zu beantragen.

Breslau, 5. Mai. [Polizeiliches.] Am 4ten d. M. hat hier wiederum ein sehr bedauernswerther Selbstmord stattgefunden, und zwar einer derjenigen Selbstmorde, welche sich wenigstens dem Auge der Zeugen auf eine der grauenvollsten Weisen darstellen. Ein bereits hochbejahrter Mann, hiesiger Bürger und Hutmacher, hatte sich gegen 12 Uhr an den märkischen Eisenbahnhof begeben, und außerhalb desselben die Ankunft einer Maschine abgewartet. Als diese sich in seiner unmittelbaren Nähe befand, warf er sich quer über die Schienen. Der Maschinist war nicht mehr im Stande in diesem Augenblicke die in ziemlich schnellem Gange befindliche Maschine zum Stehen zu bringen und so ging dieselbe über den Unglücklichen hinweg, dessen Körper zermalmt wurde. Bisher ist es noch nicht gelungen, die Motive zu dieser traurigen That zu ermitteln. (Bresl. Anz.)

Liegnitz. Dem Jäger Baumann ist die Forstaufseherstelle zu Kuffer in der Ober-Försterei Tschiefer definitiv verlichen worden. Dem bisherigen Hülfsaufseher Miersch ist die Forstaufseherstelle zu Neusalzer-Fähre in der Oberförsterei Tschiefer definitiv verliehen worden. Der zeitherige Hülfslehrer in Giersdorf, Richter, als Kantor und Schullehrer zu Michelsdorf, im Kreise Landeshut, bestätigt. Der Lehrer an dem königl. katholischen Gymnasium in Glaz, Dr. Becker, auf sein Ansuchen entlassen und der Kandidat des höhern Lehramts Dr. Wittiber als ordentlicher Lehrer am genannten Gymnasium angestellt worden. An Stelle des nach Groß-Glogau versetzten Erzpriesters und Pfarrers Klopsch der Erzpriester und Pfarrer Jung in Liebau zum Schulen-Inspektor des Landeshuter Kreises ernannt.

[1031] Todes-Anzeige.
Heute Abend endete Gott die langen namenlosen Leiden unseres innigstgeliebten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des Sensals Friedrich Herrmann Simon. Um stille Theilnahme bitten:
die Hinterbliebenen.
Breslau, den 3. Mai 1851.

[1529] Todes-Anzeige.
Heute Morgen $1\frac{1}{2}$ Uhr entschlief sanft nach langen Leiden unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter Therese Mathes, geb. Klar. Statt besonderer Mittheilung diese Anzeige unsern Freunden mit der Bitte um stille Theilnahme.
Breslau, den 4. Mai 1851.
Karl Schmidt.
Amalie Schmidt, geb. Mathes, und fünf Enkelkinder.

[1037] **Fremden-Liste von Zettlitz Hôtel.**
Stallmstr. Krausnick aus Neisse. K. k. Rittmstr. Baron v. Plessen aus Wien. Prinz von Croy aus Oels. Baron v. d. Gablentz aus Schwoitsch. Prinzessin Croy aus Wien kommend. Graf v. Pückler aus Bunzlau. Kaufm. Neyerang aus Thann.

Markt-Preise.

Breslau am 5. Mai 1851.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	55	52	50	48	Sgr.
Gelber dito	53	51	49	47	"
Roggen	39	38	36	35	"
Gerste	31	29	28	27	"
Hafer	26	24	23	22	"
Spiritus	6¾ Rtl. Br.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Börsenberichte.

Berlin, 3. Mai. Die bessere Rente wirkte heute ferner günstig auf die Börse, namentlich waren am Schlusse derselben Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Aktien auf das unermüdlich verbreitete Gerücht der endlich eingelaufenen Genehmigung des Handelsministers zur Zahlung der Rückstände höher und gefragt.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 102¼, ¼, ½ bez., Priorität 5% 104 Gld. Krakau-Oberschlesische 4% 74 bez. und Br., Priorität 4% 86½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 38⅜ à ¼ à ⅜ bez., Priorität 5% 97½ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 83¾ Br., ½ Gld., Priorität 4% 95 Br., Priorität 5% 103¾ Br., Ser. III. 5% 103¾ Gld. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 27 Br., fr. Zinsen. Oberschlesische Litt. A. 3½% 117½ à ¼ bez., Litt. B. 3½% 110½ Br. — Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106 bez. Staats-Anleihe von 1850 4½% 102¼ Gld. Staats-Schuld-Scheine 3½% 85⅝ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 128¾ Br. Posener Pfandbriefe 4% 101¾ Gld., 3½% 91¼ Br. Preußische Bank-Antheile 94½ bez Polnische Pfandbriefe alte 4% 94 Gld., neue 4% 94 Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 83 Gld, à 300 Fl. 143 Br.

Wien, 3. Mai. Bei beschränktem Umsatz waren zinstragende Fonds Anfangs höher, später matter, Bank-, Donaudampfsch.- und Eisenbahn-Aktien etwas besser begehrt, ebenso Anlehens-Loose von 1834, lomb. Papiere flau. Comptanten und Wechsel Anfangs höher, und London bis 13. 10 gezahlt, waren zuletzt zur Notiz angetragen.

5% Metalliques 96⅛, 4½% 84⅜; Nordbahn 131⅛; Coupons 4; Hamburg 2 Monat 195¼; London 3 Monat 13. 6.; Silber 138.

Verzeichniß der arithmetisch geordneten 15 Nummern, welche in der am 15. April 1851 vorgenommenen zweiten Verloosung der Prioritätsaktien der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn gezogen worden sind.

Prioritätsaktien-Nummern zum Behufe der Auszahlung: 286, 322, 456, 512, 579, 1063, 1626, 1661, 1762, 1815, 2007, 2460, 3119, 3284, 3329.

Verzeichniß der arithmetisch geordneten 84 Nummern, welche in der am 15. April 1851 vorgenommenen ersten Verloosung der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn-Obligationen gezogen worden sind. — Obligations-Nummern: 112, 270, 308, 875, 885, 979, 1198, 1234, 1555, 1747, 1827, 2061, 2088, 2228, 2600, 2908, 3268, 3467, 3613, 3780, 3862, 4055, 4182, 4188, 4212, 4239, 4551, 4751, 4732, 5040, 5573, 5577, 5779, 5811, 5887, 5950, 6264, 6370, 6410, 6503, 7389, 7632, 7656, 7679, 7787, 8088, 8169, 1519, 8772, 8773, 8809, 8959, 9413, 9429, 9672, 9684, 9828, 9958, 9985, 10,031, 10,125, 10,610, 11,243, 12,272, 12,372, 13,302, 13,475, 13,831, 13,940, 14,203, 14,474. 14677, 15,816, 15,837, 16,032, 16,784, 17,072, 17,117, 17,148, 17,197, 17,205, 17,257, 17,345, 17,663.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.